

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
28.05.2026, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

| | |
|--|-----------------------|
| Ratsvorsitzender: | Dominik Helms |
| 1. stellv. Ratsvorsitzende und stellv. Bürgermeisterin: | Dr. Susanne Engstler |
| 2. stellv. Ratsvorsitzende: | Regina Mattern-Karth |
| Bürgermeister: | Gerd-Christian Wagner |
| stellv. Bürgermeisterin: | Anke Kück |
| stellv. Bürgermeister: | Raimund Recksiedler |
| Ratsmitglieder: | Norbert Ahlers |
| | Sascha Biebricher |
| | Dirk Brumund |
| | Jürgen Bruns |
| | Sigrid Busch |
| | Uwe Cassens |
| | Hergen Eilers |
| | Anja Ender |
| | Jost Etzold |
| | Karl-Heinz Funke |
| | Malte Kramer |
| | Timmy Kruse |
| | Lars Kühne |
| | Walter Langer |
| | Dr. Christoph Meßner |
| | Alfred Müller |
| | Axel Neugebauer |
| | Georg Ralle |
| | Tobias Rostek |
| | Stefan Schäfer |
| | Gesche Wittkowski |
| Gleichstellungsbeauftragte: von der Verwaltung: | Andrea Arens |
| | Thomas Besse |
| | Heiko Eilers |
| | Sören Krieghoff |
| | Marion Lübben-Groß |
| | Jens Neumann |
| | Michael Tietz |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der

- Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12.03.2026**
- 4 Resolution der kommunalen Spitzenverbände „Rettet die Kommunen“**
- 5 Einwohnerfragestunde**
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 Verwaltungsausschuss vom 21.05.2026 (nur TOP 7.3)**
- 6.1.1 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 6.1.1.1 Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel
Vorlage: 147/2026
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Helms eröffnet um 19:00 Uhr die außerordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Varelser Bürgerinnen und Bürger.

Ratsfrau Möller und Ratsherr Brennecke fehlen entschuldigt.
- 2 Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Helms stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um den Tagesordnungspunkt 4 (Resolution der kommunalen Spitzenverbände „Rettet die Kommunen“) ergänzt.
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12.03.2026**

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 12.03.2026 wird einstimmig genehmigt.

4 **Resolution der kommunalen Spitzenverbände „Rettet die Kommunen“**

Bürgermeister Wagner verweist auf den anliegenden gemeinsamen Aufruf der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens, in den Vertretungen der Kommunen die Resolution „Rettet die Kommunen“ zu beschließen.

Er zitiert aus dem Resolutionsentwurf: „Vor diesem Hintergrund fordert der Rat der Stadt Varel das Land Niedersachsen auf,

1. die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,
2. das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und
3. sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.“

Sodann lässt Ratsvorsitzender Helms über den Entwurf der Resolution abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Varel beschließt den anliegenden Entwurf der Resolution „Rettet die Kommunen“ und fordert das Land Niedersachsen auf,

1. die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,
2. das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und
3. sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.“

Einstimmiger Beschluss

5 **Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger stellt mehrere Fragen zu dem Tagesordnungspunkt 6.1.1.1 öT (Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel).

1. Wenn die Gesundheitscampus Varel GmbH als Betreibergesellschaft fungiert, dann müsse seines Erachtens der Betriebsübergang nach § 613a BGB zur Anwendung kommen. Er stellt die Frage, ob diese Auffassung zutrifft. Bürgermeister Wagner antwortet, dass die Gesellschafter der Gesundheitscampus Varel GmbH sich in der Angelegenheit natürlich von einer Fachanwältin beraten lassen. Es ist vorgesehen, den Betrieb der Gesundheitscampus Varel GmbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags zu regeln. Ein Betriebsübergang nach § 613 a BGB ist nicht vorgesehen. Auf eine Nachfrage des Einwohners versichert er, dass sich die beteiligten Gesellschafter der Bedeutung des Themas bewusst sind und es von daher besondere Aufmerksamkeit genießt.

2. Auf eine entsprechende Frage des Einwohners bestätigt Bürgermeister Wagner, dass der Landkreis Friesland zugesagt hat, für mögliche Verluste der Frauenklinik weiterhin aufzukommen.
3. Der Einwohner stellt die Frage, ob die Stadt Varel bei einer Beteiligung an der Gesundheitscampus Varel GmbH in Höhe von 24,5 % auch für 24,5 % der möglichen Verluste des MVZs und des AOZs aufkommen wird und stellt zugleich fest, dass hierzu offenbar bisher keine Zahlen bekannt sind.
Bürgermeister Wagner antwortet, dass Detailfragen im Rahmen der noch zu verhandelnden Verträge geklärt werden müssen, stimmt den Ausführungen des Einwohners jedoch vom Grundsatz her zu. Er ergänzt, dass man jedoch guten Mutes sei, relativ zeitnah schwarze Zahlen schreiben zu können.
4. Der Einwohner führt aus, dass die Friesland-Kliniken gGmbH mit einem Anteil von 51 % an der Gesundheitscampus Varel GmbH „Herr des Geschehens“ bleiben werden. Er verweist auf einen offenen Brief der Beschäftigten, in dem diese ihren Unmut über die Friesland-Kliniken gGmbH zum Ausdruck gebracht haben und für ihre Zukunft eine wohlwollende Geschäftsführung fordern. Insofern hat er Sorge, ob sich mit dem jetzt vorliegenden Konzept, das Vertrauen der Beschäftigten gewinnen lässt.
Bürgermeister Wagner führt aus, dass die Person, welche die Geschäftsführung der Gesundheitscampus Varel GmbH übernehmen soll, nach seiner Einschätzung das Vertrauen der Beschäftigten genießt.
Er verweist auf die in dem anliegenden Schaubild genannten Optionsrechte und zeigt sich erfreut über die Bereitschaft von mehr als 160 Beschäftigten, dem Konzept des „Gesundheitscampus Varel“ zu folgen.

6 Berichte und Anträge der Ausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 21.05.2026 (nur TOP 7.3)

6.1.1 Anträge an den Rat der Stadt Varel

6.1.1.1 Zukunftsstruktur und Neuausrichtung des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel Vorlage: 147/2026

Bürgermeister Wagner verweist auf die Beschlussvorlage. Er berichtet aus den von Herrn Horn, Herrn Dr. Brinkmann, Herrn Dr. Richter und ihm geführten Verhandlungen mit Vertretern des Landkreises Friesland sowie der Friesland-Kliniken gGmbH. Diese Verhandlungen seien mitunter schwierig gewesen.

Er führt aus, dass das nunmehr vorliegende Konzept nicht die Lösung ist, die man sich anfänglich gewünscht habe, es sei aber ein Konzept, das Mut mache, ausbaufähig sei und das nach seinem Empfinden in der Stadtgesellschaft den notwendigen Zuspruch findet.

In den kommenden Wochen werde man unter fachanwaltlicher Beteiligung die notwendigen Gesellschaftsverträge erarbeiten und diese zur Beschlussfassung

den Gremien des Rates der Stadt Varel vorlegen.

Er zeigt sich erfreut über die von den Mitgliedern des Rates in den letzten Monaten gezeigte Einigkeit in dieser Angelegenheit.

Ratsherr Bruns führt aus, dass die Gesundheitsversorgung in Varel mit dem zu fassenden Beschluss auf andere Beine gestellt werde. Er erinnert an die anfänglichen Befürchtungen, es könne zu einem „Kahlschlag in der Gesundheitsversorgung“ kommen. Statt mit dem Finger auf andere zu zeigen, habe der Rat der Stadt Varel sich fraktionsübergreifend dazu entschieden, eigene Ideen und Konzepte zu entwickeln.

Er hebt den Erhalt der Frauenklinik am Standort Varel, den Aufbau eines AOZ und die Einrichtung von zwei MVZ hervor. Er verkennt nicht, dass die Beteiligung der Stadt Varel ein Risiko darstellt. Es scheint ihm angesichts der sich bietenden Chancen jedoch wert, dieses Risiko einzugehen.

Er richtet einen Dank an die Beschäftigten, für die eine lange Zeit der Ungewissheit nun hoffentlich zu Ende geht.

Ratsherr Funke sieht den Rat vor einem klassischen Dilemma stehen, welches nicht auflösbar sei. Der Landkreis Friesland komme seiner verfassungsgemäßen Aufgabe, für die Gesundheitsversorgung Pate zu stehen, nicht nach und von daher steige nunmehr die Stadt Varel in diese Aufgabe notgedrungen mit ein.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL stimme dem Beschlussvorschlag aus zwei Gründen zu:

1. um zumindest das ansatzweise aufrechtzuerhalten, was durch die Wegnahme des historischen Krankenhauses entfallen sei und
2. wegen des am Standort Varel beschäftigten Personals.

Wer stets den Blick nach vorne wirft, der dürfe die Vergangenheit und die begangenen Fehler nicht verkennen. Insofern bestehe angesichts dessen, was Varel genommen worden ist, kein Anlass zu jubeln. Der Beschluss sei jedoch wegen der zuvor genannten Gründe notwendig.

Es gelte noch viele Fragen zu klären, insoweit stehe man erst am Anfang eines Weges. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, ob und wie man beim AOZ im Wettbewerb zum Landkreis Friesland stehe. Von daher müsse bei der Ausarbeitung der Gesellschaftsverträge höchste Aufmerksamkeit gelten.

Ratsfrau Mattern-Karth kündigt für die Fraktion B90/GRÜNE an, der heutigen Beschlussvorlage zuzustimmen. Dieser Beschluss bildet nach ihrem Verständnis den Aufschlag für eine Konsolidierung der Gesundheitsversorgung in Varel.

Sie führt weiter aus, dass sowohl die Friesland-Kliniken gGmbH als auch der Landkreis Friesland kein Konzept für die Gesundheitsversorgung im südlichen Kreisgebiet hatten und es der Initiative des Rates der Stadt Varel zu verdanken sei, dass heute überhaupt ein Konzept zur Beschlussfassung vorliegt.

Es sei zu begrüßen, dass sich die Verantwortung zukünftig auf mehrere Schultern verteile. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass es gelingen wird, die Liegenschaft mit Leben zu füllen und nennt in diesem Zusammenhang Planungen für eine Reha-Einrichtung, für eine Intensiv-Pflege u. a.

Für die CDU-Fraktion führt Ratsherr Kruse aus, dass man erfreut sei über das vorliegende Konzept. Er dankt allen beteiligten Akteuren, insbesondere Herrn Horn und der Vareler Wirtschaft, welche die Bemühungen unterstützt habe.

Er geht kurz auf die Diskussionen im Kreistag ein und beklagt Attacken gegen die Führung des Landkreises, gegen die Führung der Friesland-Kliniken und gegen einzelne Oppositionspolitiker. Es sei vorrangig die Aufgabe der Mehrheitsgruppe im Kreistag Richtung und Ziel zu bestimmen.

Ratsherr Etzold kündigt an, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Gleichwohl habe er das Gefühl, die Vielschichtigkeit der Thematik in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht vollumfänglich durchdringen zu können. Er könne daher nur bedingt nach bestem Wissen entscheiden.

Ratsfrau Kück erinnert an das vor ca. einem Jahr vorgestellte PWC-Gutachten, welches ein Aus für die Gesundheitsversorgung am Standort des ehemaligen St. Johannes-Hospitals bedeutet hätte. Sie zeigt sich froh und dankbar, dass der Rat der Stadt Varel sich damit nicht abgefunden, sondern nach einer Lösung gesucht hat. Natürlich habe man sich ein noch besseres Ergebnis gewünscht, sie sei aber zuversichtlich, dass man gemeinsam mit den Beschäftigten noch einiges erreichen könne.

Ratsfrau Busch dankt den Beschäftigten für ihr Engagement und für die von ihnen gezeigte Geduld.

Der ganze Prozess zeige, dass es sich lohnen kann, lösungsorientiert zusammenzuarbeiten. Mit dem Beschluss übernehme die Stadt Varel Verantwortung im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Für den Ratsherrn Cassens wäre ein einstimmiges Votum für die Beschlussvorlage ein starkes politisches Signal, welches man nur begrüßen könne.

Er habe hohen Respekt vor der Arbeitsleistung derer, die diesen Prozess gesteuert und verhandelt haben. Er erinnert an die Mahnwachen, welche im Winter 2023/2024 vor dem Krankenhaus abgehalten wurden und aus der Bevölkerung heraus initiiert worden sind. Insofern habe seines Erachtens die Bevölkerung der Politik „Beine gemacht“.

Abschließend führt er aus, dass jeder, der sich Akzeptanz in der Bevölkerung für den Gesundheitscampus Varel wünscht, der müsse in den nächsten Wochen und Monaten auch dafür werben.

Für die anstehenden Ausarbeitungen der Gesellschaftsverträge erwartet er starke Minderheitenschutzrechte, eine klare Zielvereinbarung bezüglich der Frauenklinik und Transparenz in allen wirtschaftlichen Fragen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Varel beauftragt die Verwaltung und die Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Varel GmbH, die notwendigen Schritte für die rechtliche und wirtschaftliche Ausarbeitung einer Umsetzung der Gesundheitscampus Varel GmbH mit den in der anliegenden Beschlussvorlage genannten Eckpunkten und entsprechend des beigefügten Schaubildes zu veranlassen und vorzulegen.

Einstimmiger Beschluss

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass die KV-Sitze nach einer Entscheidung des zuständigen Ausschusses der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen der Gesundheitscampus Varel GmbH zugeschrieben werden.

8 Anträge und Anfragen

Keine Anträge und Anfragen.

Um 20:02 Uhr schließt Ratsvorsitzender Helms die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Dominik Helms
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse
(Protokollführer/in)